

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Fachausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft

Sitzungstermin:	Donnerstag, 06.12.2018
Sitzungsbeginn:	19:32 Uhr
Sitzungsende:	20:48 Uhr
Ort, Raum:	Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf

Anwesend sind:

Herr Frank Drescher

Herr Jochen Metz

Herr Markus Becker

Herr Werner Hesse

Herr Reinhard Kauk

Herr Bernt Klapper

Herr Tobias Koch

Vertreter für Herrn Stv. Linker

Herr Hans-Georg Lang

Herr Berthold Littich

Vertreter für Frau Stv. Quirnbach

Herr Marius Möglich

Herr Ingolf Vandamme

Stadtverordnetenvorsteherin

Frau Ilona Schaub

Stellv. STVVorsteher/in:

Herr Wolfgang Salzer

Fraktionsvorsitzende:

Herr Winand Koch

Herr Manfred Thierau

Bürgermeister:

Herr Christian Somogyi

Vom Magistrat:

Herr Jürgen Behler

Schriftführer:

Herr Peter Schunk

Von der Verwaltung:

Herr Patrick Fischer

Herr Klaus Hütten

Herr Klaus-Peter Riedl

bis TOP 5

Frau Sarah Wieber

bis TOP 5

Entschuldigt fehlen:

Frau Zehra Demir
Herr Michael Feldpausch
Herr Jörg Linker
Frau Ulrike Quirmbach
Herr Stefan Rhein

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Beratung von eingegangenen Anträgen
- 2.1 Konzept für ein Zukunftsprofil der Stadt Stadtallendorf; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 26.11.2018 (eingegangen am 27.11.2018)
Vorlage: CDU/2018/0013
- Beschlüsse**
- 3 Haushaltssatzung 2019 und Investitionsprogramm 2018 bis 2022
Vorlage: FB1/2018/0131
- 4 Bauleitplanung der Stadt Stadtallendorf; Bebauungsplan Nr. 99 "Schmiedeweg" in der Kernstadt (Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13 a BauGB)
 1. Abwägung
 2. SatzungsbeschlussVorlage: FB4/2018/0083
- 5 Satzung zur Aufhebung der Straßenbeitragsatzung
Vorlage: FB4/2018/0077
- Kenntnisnahmen**
- 6 Städtebauförderprogramm Soziale Stadt, Projektgebiet "Inseln in der Stadt II"; Antrag auf Genehmigung der Gebietsabgrenzung
Vorlage: FB4/2018/0074
- 7 Städtebauförderprogramm "Soziale Stadt", Projektgebiet: Inseln in der Stadt II; Zuwendungsbescheid 2018
Vorlage: FB4/2018/0079
- 8 Bestandsaufnahme der Spielplätze im Gebiet der Kernstadt Stadtallendorfs, Planung des Wohngebietes Hofwiese/Dorfwiese
Vorlage: FB4/2018/0067
- 9 Beschlusskontrolle
- 10 Berichte aus den Verbandsversammlungen
- 11 Mitteilungen
- 11.1 Einwohnerfrage bezüglich Friedhof Kernstadt
- 12 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

Zu 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende Frank Drescher eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder, die Stadtverordnetenvorsteherin und ihre Vertreter, die Mitglieder des Magistrats, an der Spitze Herrn Bürgermeister Somogyi sowie den Schriftführer Herrn Schunk.

Sein Gruß gilt ebenso Herrn Hütten, Herrn Fischer, Frau Wieber und Herrn Riedl von der Verwaltung und Herrn Rinde von der Oberhessischen Presse.

Die Einladung ist form- und fristgerecht ergangen, Einwände ergeben sich nicht.

Zu 2 Beratung von eingegangenen Anträgen

Zu 2.1 Konzept für ein Zukunftsprofil der Stadt Stadtallendorf; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 26.11.2018 (eingegangen am 27.11.2018) Vorlage: CDU/2018/0013

Herr StV Lang erläutert für seine Fraktion den Antrag. Die Verwaltungsspitze solle die Richtung bei der Entwicklung der Stadt vorgeben. Herr StV Hesse fragt nach, um was es bei dem gewünschten Konzept am ehesten gehen solle, z. B. um Fragen der Stadtentwicklung, der Infrastruktur oder der Finanzen.

Herr StV Lang entgegnet, man habe den Antrag bewusst breit formuliert um nicht bereits eine Richtung vorzugeben. Beispielsweise gebe es Tausende Einpendler in die Stadt, die Frage sei, warum diese nicht auch hier wohnten. Das gewünschte Konzept solle breit diskutiert werden und die gesamte Verwaltung solle daran mitarbeiten. Eine ausführlichere Begründung folge in der Stadtverordnetenversammlung.

Aus Sicht von Herrn StV Klapper könne es nicht schädlich sein, sein Profil zu schärfen. In Bezug auf die Wohnraumsituation stehe ohnehin noch die Beantwortung einer Anfrage seiner Fraktion aus. Diese könnte Teil des Konzeptes werden.

Herr StV Hesse verweist darauf, dass man bezüglich der Bauleitplanung von übergeordneten Stellen abhängig sei. Zum von Herrn StV Lang vorgebrachten Beispiel entgegnet er, dass man in diesem Fall für etwa die Größenordnung der Hälfte der bisherigen Bevölkerung zusätzliche Infrastruktur schaffen müsse. Außerdem verweist er darauf, dass es bereits einen Sportstättenentwicklungsplan und ein gemeinsam entwickeltes Leitbild gebe. Das Profil könne auf dieser Basis entwickelt werden.

Herr StV Koch schlägt vor, den Antrag thematisch und zeitlich einzugrenzen. Dem schließt sich auch Herr StV Thierau an. Herr StV Lang stimmt der Idee zu, das Konzept auf der Basis des Leitbildes zu entwickeln und eine zeitliche Eingrenzung bis 2030 vorzunehmen. Herr Bürgermeister Somogyi schließt sich dem an. Die Bearbeitung des Antrages müsse durch die oberste Führungsebene erfolgen, diese werde aber auch für die anstehenden Herausforderungen, z. B. bzgl. der Autobahn, des Neubaus der Bundesstraße, der Entwicklung von Wohngebieten, der Gewerbeentwicklung und anderem benötigt. Er bringt daher die Möglichkeit eines Externen ins Gespräch, um mit diesem konzeptionell neu zu starten. Die hohen Kosten für Sozialen Wohnungsbau durch die Kommune seien derzeit nicht aufzubringen.

Zur Sache sprechen noch die Herren StV Klapper und Koch.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu Beschlüsse

Zu 3 Haushaltssatzung 2019 und Investitionsprogramm 2018 bis 2022 Vorlage: FB1/2018/0131

Herr Bürgermeister Somogyi führt in das Thema ein. Der Haushalt 2019 sei der sechste ausgeglichene in Folge. Frau Wieber erläutert anhand eines Vortrages die Eckdaten des Haushaltsplans.

Herr StV Lang fragt nach, ob es bei der Einstufung der Gemeinden zwischen „abundant“ und „finanzschwach“ noch Zwischenstufen gebe. Herr Riedl antwortet, dass es momentan nur diese beiden Einstufungen gebe. Herr StV Hesse hält den Begriff „finanzschwach“ für falsch. Tatsächlich erhalte man schlicht wieder Schlüsselzuweisungen vom Land, was der Normalzustand wäre. Diese Richtigstellung wende sich auch gegen die Berichterstattung in der Oberhessischen Presse. Herr StV Koch entgegnet, dass er nicht wisse, ob es für diesen Begriff eine Legaldefinition gebe, wenn nein, könne man ihn verwenden wie man wolle. Herr Bürgermeister Somogyi ergänzt, dass lediglich für den Begriff „abundant“ eine Legaldefinition existiere.

Herr Bürgermeister Somogyi verweist darauf, dass sich die Großunternehmen Veränderungen in der großpolitischen Lage zu stellen hätten. Außerdem seien auch die Vorgaben des Landes an die Stadt starken Schwankungen unterworfen und würden erst spät bekanntgegeben, sodass die Haushaltsplanung dadurch erschwert werde.

Herr StV Metz fragt nach, warum die Erschließung des Baugebietes in Schweinsberg nur mit Planungskosten im Haushalt enthalten sei. Herr Hütten antwortet, dass es Verzögerungen beim Grunderwerb gegeben habe. Die Bauleitplanung sei vorbereitet, sie werde voraussichtlich in einem Jahr abgeschlossen, damit sei eine Erschließung in 2019 nicht möglich.

Beratungsergebnis: zurückgestellt

Zu 4 Bauleitplanung der Stadt Stadtallendorf; Bebauungsplan Nr. 99 "Schmiedeweg" in der Kernstadt (Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13 a BauGB)

1. Abwägung

2. Satzungsbeschluss

Vorlage: FB4/2018/0083

Herr Hütten erläutert die Vorlage, Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Beschluss:

1. Die in der Anlage beigefügten Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage beigefügten Abwägungen (im Sinne des § 1 Abs.7 BauGB) zu den eingegangenen Stellungnahmen in der vorliegenden Form. Darüber hinaus sind keine Stellungnahmen mit Anregungen und Hinweisen eingegangen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Bebauungsplan Nr. 99 „Schmiedeweg“ in der Kernstadt in der vorliegenden Form gemäß § 10 BauGB als Satzung.
3. Die enthaltenen bauordnungsrechtlichen Festsetzungen gemäß § 91 Hessischer Bauordnung (HBO) werden als Satzung beschlossen.
4. Die Begründung zum Bebauungsplan wird gebilligt.
5. Der Bebauungsplan ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft zu setzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**Zu 5 Satzung zur Aufhebung der Straßenbeitragssatzung
Vorlage: FB4/2018/0077**

Herr Bürgermeister Somogyi erläutert die Vorlage. Mit dieser sei ein Auftrag der Stadtverordnetenversammlung in die Umsetzung gebracht worden.

Herr StV Lang fragt nach, ob die Anlieger der Wildbachstraße noch veranlagt werden. Herr Bürgermeister Somogyi antwortet, man befinde sich wegen der Straßenbeiträge der Wildbachstraße noch in einem Rechtsstreit, daher werde er zur Frage der weiteren Heranziehung zurzeit keine Aussage treffen. Herr StV Koch vertritt die Auffassung, dass die begonnenen Straßen zu Ende abgerechnet werden müssten. Herr StV Hesse verweist darauf, dass die Beiträge für bereits begonnene Straßen im Haushalt veranschlagt seien und deren Absetzung ein finanzielles Loch erzeugten.

Herr Bürgermeister Somogyi verweist auf eine Resolution der Kommunen des Landkreises Fulda an die Hessische Landesregierung, Regelungen zugunsten einer einheitlichen Praxis in Hessen verbindlich und zügig zu treffen, klare Finanzierungsvorschläge zu unterbreiten oder Finanzmittel aus originären Landesmitteln zur Verfügung zu stellen. Dieser Resolution haben sich bereits Kommunen aus anderen Kreisen angeschlossen und auch für Marburg-Biedenkopf ist eine ähnliche Aktion geplant. Herr StV Hesse hält diese Resolution für sinnvoll.

Der Bürgermeister veranschaulicht, dass die Stadt demnächst 114 km Straße instandzuhalten habe. Er bittet die Gremien um Unterstützung, wenn nach Abschaffung der Beiträge die Anlieger demnächst verstärkt wegen der grundhaften Sanierung „Ihrer“ Straßen anfragen.

Zur Sache sprechen die Herren StV Metz und Koch.

Beschluss:

Die beigefügte Satzung zur Aufhebung der Satzung über das Erheben von Straßenbeiträgen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Zu Kenntnisnahmen

**Zu 6 Städtebauförderprogramm Soziale Stadt, Projektgebiet "Inseln in der Stadt II"; Antrag auf Genehmigung der Gebietsabgrenzung
Vorlage: FB4/2018/0074**

Herr Hütten erläutert die Vorlage, Rückfragen ergeben sich nicht.

Kenntnisnahme:

Im Juni 2018 hat die Stadtverordnetenversammlung den Beschluss zur endgültigen Gebietsabgrenzung für das Fördergebiet „Inseln in der Stadt II“ im Programm Soziale Stadt gefasst (vgl. FB4/2018/0042 vom 28.05.2018).

Zwischenzeitlich wurde der Antrag zur Genehmigung der Gebietsabgrenzung des Fördergebiets beim zuständigen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gestellt. Mit Schreiben vom 15.10.2018 wird der Magistrat der Stadt Stadtallendorf darüber informiert, dass das

Fördergebiet von Seiten des Ministeriums grundsätzlich anerkannt wird. Das Schreiben des HMKLV ist der Vorlage beigelegt.

Die Verwaltung bittet um Kenntnisnahme.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**Zu 7 Städtebauförderprogramm "Soziale Stadt", Projektgebiet: Inseln in der Stadt II; Zuwendungsbescheid 2018
Vorlage: FB4/2018/0079**

Herr Hütten erläutert die Vorlage. Der Ausschussvorsitzende möchte wissen, wie sich die Höhe des Zuschusses von 56 % einordnen lasse. Herr Hütten erläutert, dass die Förderquote im Allgemeinen zwischen 53 und 57 % liege. Der Satz für Stadtallendorf liege also im Normalbereich.

Kenntnisnahme:

Die Stadt Stadtallendorf hat im März 2018 einen Antrag zur Förderung im Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ gestellt. Zwischenzeitlich wurde ein Zuwendungsbescheid erteilt. Es werden für das Projekt Städtebauförderungsmittel in Höhe von 788.000,- € bewilligt. Die Förderquote beträgt rd. 56 %.

Im Jahresantrag 2018 sind neben den Kosten für die Steuerung durch das Quartiersmanagement als Projekte die Neugestaltung des Spielplatzes Limburger Straße, das Projekt Herrenwaldstadion (Sanierung Multifunktionsplatz, Verbesserung der Zuwegung, Schaffung fehlender Räumlichkeiten durch Anbau an die Maschinenhalle) sowie die Erweiterung der Kita Hofwiesenweg beantragt worden. Beantragt wurden seinerzeit Fördermittel für zuwendungsfähige Kosten in Höhe von 1.749.500,00 €. Die bewilligte Zuwendung wurde für zuwendungsfähige Ausgaben in Höhe von 1,49 Millionen € ausgesprochen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**Zu 8 Bestandsaufnahme der Spielplätze im Gebiet der Kernstadt Stadtallendorfs, Planung des Wohngebietes Hofwiese/Dorfwiese
Vorlage: FB4/2018/0067**

Herr Bürgermeister Somogyi erläutert die Vorlage. Der Auftrag an die Verwaltung sei damit abgearbeitet worden.

Kenntnisnahme:

Ausgangslage

In der Stadtverordnetenversammlung vom 30.08.2018 hat die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat beauftragt, sowohl eine Bestandsaufnahme der Spielplätze im Kernstadtbereich vorzunehmen, als auch im Rahmen der Planung des Wohngebietes „Hofwiese/Dorfwiese“ zu prüfen, an welcher Stelle ein Spielplatz errichtet werden kann (vergl. Antrag CDU/2018/0010).

In der Begründung hierzu heißt es: *Zwischen Haartsiedlung und Altstadt ist aktuell kein Spielplatz vorhanden. Bei der Neuerschließung des Wohngebietes*

besteht hier die Möglichkeit, Flächen für einen Spielplatz zu verwenden. Dieser würde über einen sehr großen Einzugsbereich, einschließlich der Nordschule und der Kindertagesstätte, verfügen.

Bestandsaufnahme

In der Anlage zu dieser Vorlage wird auf Basis der kommunalen Daten eine Kurzübersicht der zur Verfügung stehenden Spielplätze im Kernstadtbereich als auch deren Ausstattung geliefert. Insgesamt stehen im gesamten Stadtgebiet 21 kommunale Spielplätze mit einer Gesamtgröße von rd. 51.000 m² zur Verfügung. Betrachtet man lediglich den Kernstadtbereich so befinden sich hier 13 kommunale Spielplätze mit einer Gesamtgröße von rd. 38,000 m² und rd. 118 Spielgeräten. Lagepläne der Spielplatzstandorte in der Kernstadt sind dieser Vorlage beigelegt.

Aktuell wird von der Stadtverwaltung geprüft, ob auf einen der Spielplätze in der Haartstraße (Größe rd. 911 m²/6 Spielgeräte) verzichtet werden kann, um hier eine Wohnbebauung zu ermöglichen.

Planungsoption

Im Zusammenhang mit der Fragestellung in welchem Bereich des Wohngebietes Hofwiese/Dorfwiese ein Spielplatz bzw. Spielmöglichkeiten errichtet werden können, kann sowohl auf die aktuelle Bauleitplanung als auch die Planungsüberlegung im Zusammenhang mit dem städtebaulichen Projekt „Soziale Stadt – Inseln in der Stadt II“ verwiesen werden.

Im Bebauungsplanentwurf für das Wohngebiet „Hofwiese“ (Bebauungsplans Nr. 37a „Hofwiese II“) wurde auf Basis der Aussagen des Landschaftsplanes der Stadt Stadtallendorf im Verlauf des vorhandenen Baches eine Grünachse vorgesehen. Diese soll als zentrale Fußgängerverbindung aus den nördlichen Wohngebieten in die Innenstadt führen. Künftig wird durch eine Fußgängerbrücke über die B 454 die Fußgängerverbindung komplettiert.

Aus Sicht der Verwaltung sollte dieser Grünzug, der sowohl klimatische/landschaftsökologische Aspekte in der Planung berücksichtigt, als auch die Möglichkeit der Freiraumgestaltung bietet, genutzt werden, um entsprechende Angebote für Freizeitaktivitäten zu schaffen. In diesem Zusammenhang wäre es durchaus denkbar und sinnvoll, Spielplätze in diesem Grünzug aufzunehmen.

Im Zusammenhang mit dem Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ wurde daher diese Projektidee in einen der Förderanträge aufgenommen und als „Grünes Band Haart“ zur Förderung beantragt. Nach Abschluss der Arbeiten am Integrierten Handlungskonzept für das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ kann das Projekt bearbeitet werden.

Nach Auffassung der Verwaltung ist somit im Bereich dieser Wegeverbindung und Grünachse, die Möglichkeit gegeben, Flächen für eine Spielplatznutzung anzubieten.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 9 **Beschlusskontrolle**

Herr StV Tobias Koch fragt nach Fortschritten im Themenfeld „Einbau von Glasfaserkabeln in Neubaugebieten“. Herr Hütten erläutert, dass die Verwaltung mit der Telekom und der Breitband GmbH in Abstimmung sei, um bei neuen Gebieten Leitungen durch die Telekom verlegen zu lassen. Herr Bürgermeister

Somogyi erläutert, dass ein gemeinsames Vorgehen wichtig sei, die Finanzierung sei aber noch ungeklärt. Herr StV Tobias Koch verweist auf die gesetzliche Verpflichtung, Neubaugebiete mit Glasfaserkabeln zu versorgen. Auf einen entsprechenden Hinweis von Herrn StV Winand Koch räumt Herr Hütten ein, dass die Zusammenarbeit mit der Telekom bisher zwar nicht immer schnell und zielführend gewesen, die Versorgung aber letztlich immer gelungen sei.

Zu 10 Berichte aus den Verbandsversammlungen

Herr StV Kauk hat als Vertreter der Stadtverordnetenversammlung an der Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Stadtallendorf-Kirchhain teilgenommen. Es ging um den Geschäftsbericht 2017 sowie den Wirtschaftsplan 2019. Die wirtschaftliche Situation sei gut. Der erwirtschaftete Gewinn werde auf das Jahr 2019 vorgetragen. Die Rechnungsprüfung soll, vorausgesetzt das Regierungspräsidium genehmigt dies, wieder von der Revision des Landkreises Marburg-Biedenkopf vorgenommen werden. Es wurde im Rahmen der Vorlage des Wirtschaftsplanes ein Konzept zur Erweiterung der Anlage in den nächsten fünf Jahren vorgestellt.

Zu 11 Mitteilungen

Zu 11.1 Einwohnerfrage bezüglich Friedhof Kernstadt

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub weist daraufhin, dass zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eine Einwohnerfrage zum Thema Friedhof Kernstadt vorliege, die der Bürgermeister beantworten werde. Die dort angesprochenen Themen sollen bei der nächsten Friedhofsbegehung des Ausschusses mit behandelt werden.

Zu 12 Verschiedenes

Der Ausschussvorsitzende Drescher bedankt sich für die gute Zusammenarbeit im fast abgelaufenen Jahr und wünscht einen besinnlichen Advent und vorab Frohe Weihnachten.

Frank Drescher
Vorsitzender

Peter Schunk
Schriftführer